

Haushaltsrede der SPD-Fraktion Haushaltsplan 2017

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

„Vom Wohlstand zum Notstand“: Dieser Satz bezeichnet den Weg vom Haushaltsplan 2016 zu dem Planentwurf für 2017, den der Bürgermeister am 28. Oktober 2016 in den Gemeinderat einbringen musste.

Zum ersten Mal überhaupt in unserer Gemeinde wies dieser Planentwurf für 2017 einen Fehlbetrag im Verwaltungshaushalt aus und zwar nicht eben ein bisschen, sondern gleich gewaltige 1,25 Mio. Euro. Mit einer solchen negativen Zuführung kann der laufende Haushalt keinen Beitrag für die notwendigen Investitionen leisten; der Vermögenshaushalt muss vielmehr die Verwaltungskosten decken.

In den Plan einzurechnen waren verpflichtende Mehrausgaben von 1,4 Mio. Euro für gestiegene Kosten bei Kreisumlage, Personal, Gebäudeunterhaltung und weitere laufende Ausgaben. Vor allem aber war auf der Einnahmenseite mit deutlich geringeren Zuweisungen des Landes Baden-Württemberg zu rechnen.

Gemeinderat und Verwaltung haben sich danach intensiv daran gemacht, diesem Notstand zu begegnen. Wir haben verschiedene Einsparmöglichkeiten beraten und eingeplant. Um die Einnahmen zu verbessern, müssen wir die Grundsteuer B und die Gewerbesteuer erhöhen. Die neu eingeführte Vergnügungssteuer für Spielautomaten darf auch einen kleinen Beitrag für die Gemeindefinanzen leisten.

Schließlich hat der Kreistag erfreulicherweise die Kreisumlage weniger stark angehoben als zunächst vorgesehen.

Mit all diesen Anstrengungen haben wir heute einen Haushaltsplan zu beraten, der im Verwaltungshaushalt eine positive Zuführungsrate zum Vermögenshaushalt von 127.000 Euro ausweist.

Im Vermögenshaushalt sind die wichtigsten Investitionen: 700.000 Euro für die Verbesserung der Gemeindestraßen und -plätze, 240.000 Euro für Brückenbaumaßnahmen zur Insel Rott, 770.000 Euro für die Breitbandversorgung; hier werden Leerrohre für Lichtwellenleiter verlegt für das Neubaugebiet Biegen/Durlacher Weg und wir schaffen Hausanschlüsse entlang der Backbone-Trasse in der Hauptstraße.

Für den Erwerb von Häusern und Grundstücken zur Anschlussunterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern benötigen wir 2,3 Mio. Euro. Unsere Verpflichtungen in diesem Bereich können wir damit sehr gut erfüllen. Die Investitionen in die Grundstücke und Bauten sind Werte, die der Gemeinde auch dann bleiben, wenn das Flüchtlingsthema längst bewältigt ist.

Im Planjahr werden die Ausgaben die Einkünfte im Vermögenshaushalt übersteigen, so dass wir 3,7 Mio. Euro aus den Rücklagen entnehmen müssen. Das können wir auch und die Gemeinde Linkenheim-Hochstetten wird weiterhin schuldenfrei sein.

Damit haben wir aus dem Szenario des Notstands wieder zum gewohnten Wohlstand unserer Gemeinde gefunden.

Die Schuldenfreiheit ist für die SPD-Fraktion und den Gemeinderat insgesamt wichtig. Nach den Plandaten der mittelfristigen Finanzplanung können wir davon ausgehen, dass die Gemeinde auch in den nächsten Jahren ohne Schulden bleiben wird.

Ab 2018 wird die Gemeinde mit dem Verkauf ihrer Grundstücke im Neubaugebiet Biegen/Durlacher Weg beginnen. Die Verkaufserlöse werden zu einem Überschuss im Vermögenshaushalt führen, so dass wir die Rücklagen wieder auffüllen können.

Allerdings können wir uns nicht zurücklehnen: Zuführungsraten von 127.000 Euro können kein Dauerzustand sein. Zum Vergleich: In der Jahresrechnung 2013 konnten wir dem Vermögenshaushalt 3,4 Mio. Euro zuführen und damit Investitionen in die Zukunft ermöglichen. Im Jahre 2014 waren es 3,0 Mio. Euro und 2015 noch knapp 2,0 Mio. Euro.

Die Haushaltspläne unserer Nachbargemeinden zeigen, dass sie ähnlich geringe Zuführungsraten aufweisen.

Wesentliche Ursache ist die deutlich verschlechterte Finanzausstattung der Gemeinden in Baden-Württemberg im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs. Hier müssen wir leider einen dramatischen Kurswechsel der neuen grün-schwarzen Landesregierung Baden-Württemberg zu Lasten der Gemeinden feststellen gegenüber dem gemeindefreundlichen Kurs der grün-roten Vorgängerregierung.

Aus dem Anteil der Gemeinden an den Landessteuern holt sich das Land über sogenannte Vorwegentnahmen wieder Geld. Der SPD-Finanzminister der vorigen Landesregierung hat diese Entnahmen schrittweise verringert und dadurch die Finanzausstattung der Gemeinden verbessert. Die neue Landesregierung hingegen holt sich das meiste Geld für den Landeshaushalt 2017 von den Gemeinden, indem sie die Vorwegentnahmen um 250 Mio. Euro pro Jahr erhöht. Damit stehen den Gemeinden 24 Euro pro Einwohner und Jahr weniger zur Verfügung; rechnet man die gesamten Vorwegentnahmen, sind es 72 Euro pro Einwohner und Jahr.

Als SPD-Fraktion fordern wir deshalb die Landesregierung auf, den gemeindefreundlichen Kurs der vergangenen Jahre fortzusetzen. Wir unterstützen den Antrag der SPD-Fraktion im Landtag, die Leistungen für die Gemeinden nicht um 250 Mio. Euro zu kürzen, sondern um 50 Mio. Euro zu erhöhen.

Der Haushalt der Gemeinde Linkenheim-Hochstetten ist im Vergleich zu anderen Gemeinden in besonders hohem Maß von Entscheidungen der Landespolitik abhängig. Unsere hauptsächlichen Einnahmequellen sind der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und die Schlüsselzuweisungen des Landes. Das Aufkommen aus den Gemeindesteuern war bei uns schon immer schwach.

Der Kurswechsel der neuen Landesregierung zeigt, dass wir die Abhängigkeit von Zuweisungen verringern müssen. Wir können das Aufkommen aus der Gewerbesteuer steigern, indem wir weitere attraktive Gewerbeflächen anbieten. Die Nachfrage ist da.

Im Flächennutzungsplan sind die Stockäcker als weitere Gewerbeflächen vorgesehen. Wir sollten sie bald erschließen. Als zusätzliche Vergabekriterien für Gewerbegrundstücke sollten wir prüfen, ob ein Betrieb in der Gemeinde Arbeitsplätze schafft und ob die Gemeindekasse mit Gewerbesteuern des Bewerbers rechnen kann.

Gewerbesteuern sind zwar eine stark schwankende Einnahmequelle, aber auf die Landesregierung ist auch kein Verlass mehr.

Wir müssen im Verwaltungshaushalt nachhaltig positive Zuführungsraten sicherstellen.

Zum Schluss will ich noch einige Bereiche und Maßnahmen hervorheben, die der SPD-Fraktion besonders wichtig sind.

1. Gemeindeentwicklungskonzept

Bebauungspläne und Infrastrukturentscheidungen haben sich bislang immer an momentanen Bedürfnissen orientiert. Die einzelnen Baugebiete haben oft keinen Bezug zueinander und ihre Verkehrserschließung ist nicht immer optimal. Der Gemeinderat will einen übergeordneten städtebaulichen Leitfaden, um die künftige Entwicklung von Wohnbebauung, Gewerbe und Infrastruktur in einem Gesamtkonzept steuern zu können.

Es wird darum gehen, Straßen und Plätze städtebaulich aufzuwerten und lebendige und unverwechselbare Ortskerne zu schaffen. Wir werden klären, wie wir den Einzelhandel fördern und wie wir bessere Einkaufsmöglichkeiten in der Gemeinde schaffen können. Es geht schließlich auch um die Identität der Gemeinde, die mehr ist als eine Wohnsiedlung am Rhein bei Karlsruhe. Auch der oben angedachten Paradigmenwechsel bei der Gewerbeansiedlung gehört in diesen Zusammenhang.

Bei der Entwicklung des Konzepts werden die Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde weitgehende Mitwirkungsmöglichkeiten haben. Nach der guten Erfahrung bei der Fachplanung Gesundheit ist hier die Bürgerbeteiligung nochmals erweitert.

2. Breitbandversorgung

Für die SPD ist die flächendeckende Versorgung mit Lichtwellenleitern Teil der Daseinsvorsorge. Dabei greifen die Programme der Bundesregierung viel zu kurz.

Bei uns geht die Sache voran und im Planjahr werden erste Tiefbauarbeiten beginnen.

3. Schulen

Die Unterstützung unserer Schulen und des Schulzentrums bleibt weiterhin ein Hauptanliegen der SPD. Das Schulzentrum ist dafür geplant und gebaut, alle Schularten bis hin zum Abitur aufzunehmen. An diesem Ziel hält die SPD-Fraktion fest. Auch wenn vor zwei Jahren eine gute Chance für ein staatliches Gymnasium vertan worden ist, lassen wir uns die Möglichkeit für einen weiteren Anlauf nicht verbauen.

4. Kindergärten

Die Betreuung der Kleinkinder in unserer Gemeinde haben höchsten Stellenwert. Das zeigt sich an den Ausgaben von fast 4,0 Mio. Euro, die einen merklichen Teil des Gesamthaushalts darstellen.

Das Zahlenwerk des Haushaltsplans haben alle Fraktionen mit der Verwaltung gemeinsam erarbeitet; der Entwurf der Satzung liegt vor. Die SPD-Fraktion wird der Haushaltssatzung zustimmen.

Bei der Verwaltung bedanken wir uns für die gute Zusammenarbeit. Bürgermeister Michael Möslang danken wir besonders dafür, auch abweichende Abstimmungsergebnisse klaglos zu akzeptieren.

Unserem Rechnungsamtsleiter Marcus Kubach haben wir nicht nur für das Zahlenwerk des Haushaltsplans zu danken, sondern für Transparenz in den Gemeindefinanzen über das gesamte Jahr. Den Jahresabschluss 2015 will ich hier ausdrücklich ansprechen.

Besonderer Dank gilt auch den Amtsleitern Ewald Ritz und seiner Nachfolgerin Jessica Deutsch im Hauptamt sowie Peter Ziegler im Ortsbauamt.

Wir freuen uns auch über die weiterhin hervorragende und sachorientierte Zusammenarbeit aller Gemeinderäte über die Fraktionen hinweg. Die SPD bedankt sich dafür bei den Kolleginnen und Kollegen der anderen Fraktionen.

Unsere gemeinsame Grundlage ist das Ziel, die Gemeinde in eine gute Zukunft zu führen.